

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

16.10.2023

Inhalt

EWN

| | |
|--|---|
| 1 Landesregierung gibt 16 Millionen Euro für externe Berater aus <i>Ostsee-Zeitung.de, 13.10.2023</i> | 3 |
| 2 Minister will in Schweden und Norwegen nach neuen Wirtschaftspartnern suchen <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 16.10.2023</i> | 5 |
| 3 Gibt es 2024 wieder große Atomtransporte durch NRW? <i>wdr.de, 15.10.2023</i> | 6 |

📄 Ostsee-Zeitung.de | 13.10.2023

👤 Gerald Kleine Wördemann

🔗 WEBLINK

FINANZEN

Landesregierung gibt 16 Millionen Euro für externe Berater aus

Schwerin

Die Schweriner Landesregierung holt sich kostspielige Hilfe von außen, obwohl die Verwaltung immer mehr Stellen schafft. Steuerzahlerbund und FDP kritisieren das. Eine der beiden Regierungsparteien ist deutlich sparsamer als die andere.

Trotz tausender zusätzlicher Stellen in den Landesbehörden setzen die Schweriner Ministerien weiterhin auf externe Berater – und geben dafür jährlich viele Millionen aus.

Seit der Landtagswahl im Herbst 2021 fielen in den acht Ministerien und der Staatskanzlei Beraterhonorare von rund 16 Millionen Euro an. Das geht aus der Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Kleine Anfrage von Sabine Enseleit (FDP) hervor.

Unternehmen aus MV verdienen an Nord Stream 2 mit

Die 32 Seiten lange Liste zeigt, wie Beratungsunternehmen beispielsweise an der umstrittenen Gaspipeline Nord Stream 2 mitverdienten – laut Enseleit auch noch nach dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022. Insgesamt gab das Wirtschaftsministerium rund 394 000 Euro für Projektmanagement-Leistungen und Prüfungen für die Gasleitung aus.

Ministerin weist Kritik zurück: Alles ganz normal

Die Namen der Auftragnehmer nennt das Ministerium nicht. Enseleit fordert die Offenlegung. „Es scheint, dass zu den Profiteuren von Nord Stream 2 insbesondere Beratungsunternehmen gehörten“, kritisiert die FDP-Vize-Fraktionschefin. Laut Sprecher Marius Roll vom Wirtschaftsministerium ist es normal, sich bei komplexen Verfahren Hilfe von außen zu holen. Die Kosten seien zudem vom Antragsteller beglichen worden.

Unterdessen gab die Staatskanzlei 45 000 Euro für „politisch-strategische Kommunikationsberatung“ aus, im Zusammenhang mit der umstrittenen Nord-Stream-Stiftung Klima- und Naturschutz. „Die Landes-

regierung nutzte die ihr zustehende Möglichkeit, sich beraten zu lassen“, sagt Patrick Dahlemann (SPD), Leiter der Staatskanzlei.

Hohe Beratungskosten trotz tausender neuer Stellen

„Kann man das nicht mit dem eigenen zahlreich vorhandenen Personal abdecken?“, fragt Sascha Mummenhoff, Geschäftsführer beim Steuerzahlerbund MV. Anscheinend traue man den eigenen Kräften nicht oder „hat gar die Falschen eingestellt“. Der Landesrechnungshof rügte erst vor wenigen Tagen die ausufernde Personalpolitik der Landesregierung. 3000 Stellen entstanden von 2013 bis 2025 in der Landesverwaltung, weitere 1000 sollen folgen. Spitzenpositionen wurden oft ohne Prüfung der fachlichen Eignung und ohne Bestenauslese vergeben.

Steuerzahlerbund MV fordert: Land muss das selbst machen

„Wer selbst so viele Stellen hat wie das Land, muss diese Aufgaben intern abwickeln oder sich besser personell aufstellen“, sagt Mummenhoff. Er und FDP-Politikerin Enseleit prangern die hohen Kosten für externe Berater an, um Stellen in der Verwaltung zu besetzen. Das Innenministerium gab dieses Jahr bereits 126 000 Euro aus, nach 69 000 Euro im Vorjahr, für Personalauswahlverfahren von Nachwuchskräften. „War das intern nicht möglich?“, fragt Enseleit.

Linke sparsamer als die SPD

Was noch auffällt: Die SPD-geführten Ministerien haben die mit Abstand höchsten Beratungsausgaben: 2022 fielen bei Bildungsministerin Simone Oldenburg 66 580 Euro an, bei Justizministerin Jaqueline Bern-

hardt (beide Linke) waren es 96 653 Euro. Zum Vergleich: Im „sparsamsten“ SPD-Ministerium, dem für Soziales, Gesundheit und Sport von Stefanie Drese,

verdienten externe Berater im gleichen Zeitraum 495 977 Euro.

Minister will in Schweden und Norwegen nach neuen Wirtschaftspartnern suchen

Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Meyer reist mit einer Delegation in den Norden Europas, um der heimischen Wirtschaft neue Impulse zu geben.

Schwerin. Mecklenburg-Vorpommern versucht seine Außenwirtschaft weiter in Schwung zu bringen. Wie das Ministerium in Schwerin mitteilte, wird Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) von heute bis zum Freitag Schweden und Norwegen besuchen. Begleitet wird er von einer Wirtschaftsdelegation.

Der Norden Europas gehört für Mecklenburg-Vorpommern zu den wichtigsten Regionen für Handel und wirtschaftliche Kooperationen. So lag Schweden 2022 mit einem Außenhandelsvolumen von rund 930 Millionen Euro auf Platz sieben der Handelspartner, Norwegen folgte mit knapp 740 Millionen Euro auf Platz acht. Dänemark rangiert auf Rang drei, Finnland auf neun. Mit einem Handelsvolumen von zusammen etwa 3,5 Milliarden Euro trugen diese vier Länder im Vorjahr zusammen etwa 20 Prozent zum Im- und Export Mecklenburg-Vorpommerns bei. Im Mai hatte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) zusammen mit Wirtschaftsvertretern Finnland besucht.

Im Mittelpunkt der nun bevorstehenden Reise sollen Fragen der künftigen Energieversorgung stehen. „Diese Reise ist eine einzigartige Gelegenheit, um die Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern, Schweden und Norwegen im Bereich der erneuerbaren Energien zu stärken und weiter auszubauen“, erklärte Meyer. So stehe der Besuch von mehr als zehn Unternehmen und Projekten mit Innovationscharakter auf dem Besuchsprogramm. Schweden und Nor-

wegen seien bekannt für ihre Vorreiterrolle in den Bereichen erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit.

Windkraft kommt in MV nur schleppend voran

Ziel der Reise sei es, neue Partnerschaften zu schaffen und die Zusammenarbeit zu intensivieren. „Wir wollen von den Erfahrungen und Innovationen der skandinavischen Länder profitieren und gleichzeitig unsere eigenen Stärken und Potenziale präsentieren. Gemeinsam können wir nachhaltige Lösungen entwickeln und die Energiewende vorantreiben“, zeigte sich Meyer überzeugt.

Mit seiner Küstenlage biete Mecklenburg-Vorpommern etwa ein großes Potenzial für die Nutzung von Windenergie auf See. Die Landesregierung setze sich daher für den Ausbau der Ökostrom-Produktion ein und fördere innovative Projekte und Technologien.

Allerdings zeigten vorläufige Zahlen der Fachagentur Windenergie, dass der Ausbau der Windkraftnutzung an Land im Nordosten noch immer nur schleppend vorankommt. In den ersten neun Monaten gingen demnach in Mecklenburg-Vorpommern 21 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 81,4 Megawatt in Betrieb. Bundesweit lag der Anteil des Landes am Zuwachs bei 3,3 Prozent. Das benachbarte Schleswig-Holstein brachte es mit 180 neuen Anlagen auf 35,7 Prozent.



📅 wdr.de | 15.10.2023

👤 Christian Wolf

🔗 WEBLINK

Gibt es 2024 wieder große Atomtransporte durch NRW?

In Jülich lagert seit Jahren hochradioaktiver Atom Müll. Was damit passiert, ist unklar. Im kommenden Jahr könnte es Castortransporte nach Ahaus geben. Atomkraft-Gegner protestieren am Sonntag dagegen.

Aus den Augen, aus dem Sinn - im Alltag mag das manchmal klappen. Doch wenn es um radioaktiven Atom Müll geht, ist das nicht so einfach. Zwar hat sich Deutschland im April aus der Nutzung der Kernenergie verabschiedet und für viele Menschen ist das atomare Kapitel damit beendet. Doch die Überreste dieser Technik verschwinden nicht so einfach. Die Frage, was mit dem Atom Müll passiert, ist weiterhin unbeantwortet.

Das wissen auch die Menschen in Jülich. Dort wurde bis 1988 ein Versuchsreaktor betrieben. Und im Jahr 2023 ist noch immer unklar, was mit dem Atom Müll passiert. Seit Jahren wird um eine Lösung gerungen. Inzwischen kommt Bewegung in die Sache. Es könnte sein, dass der Atom Müll in das Zwischenlager in Ahaus gebracht wird. Das würde bedeuten, dass es größere Atomtransporte durch NRW gibt - inklusive Proteste und möglicher Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. Hier sind die Antworten auf die wichtigsten Fragen:

Um welchen Atom Müll geht es?

In dem Jülicher Versuchsreaktor wurden zwei Jahrzehnte lang verschiedene Brennelemente getestet. Die hochradioaktiven Überbleibsel stehen jetzt im Fokus. So geht es nach Angaben der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) um 288.161 Kugeln, in deren Inneren der atomare Brennstoff ist. Die Kugeln sind etwa sechs Zentimeter groß - also so wie ein Tennisball. Sie lagern in insgesamt 152 Castorbehältern, die in einem Zwischenlager der JEN stehen.

Warum soll der Atom Müll dort weg?

2013 ist die Genehmigung für das Zwischenlager ausgelaufen. Ein Jahr später kam vom NRW-Wirtschaftsministerium als Aufsichtsbehörde in Sa-

chen Atomrecht die Anordnung zur unverzüglichen Räumung. Fast zehn Jahre später ist die noch immer nicht erfolgt. Aus Sicht des JEN lagern die Atomkugeln dort aber nicht illegal. "In der Anordnung steht drin, bis Sie geräumt haben, darf das Material weiterhin bei Ihnen lagern", sagt JEN-Sprecher Jörg Kriewel. Im juristischen Sinne bedeute 'unverzüglich', dass man "nicht schuldhaft zögern" dürfe, indem die Anordnung aktiv verschleppt oder dagegen verstoßen werde. Das sei nicht der Fall.

Die Gründe dafür, dass noch immer nichts passiert ist, sind vielfältig. So haben sich zum Beispiel Richtlinien geändert und in all den Jahren haben auch die politisch Verantwortlichen gewechselt.

Was kann mit dem Atom Müll passieren?

Im Grunde gibt es aber drei Optionen, die verfolgt wurden oder noch werden:

- Option 1: Die Atomkugeln sollten in die USA verschifft werden, da die Brennstoffe auch von dort stammen. Transportiert werden sollten sie auf einem Schiff. Irgendwann wurde diese Option aber als zu aufwendig begraben.
- Option 2: In Jülich könnte ein neues Zwischenlager gebaut werden, das alle aktuellen Anforderungen erfüllt. Dort sollen die Atomkugeln bleiben, bis es irgendwann in Deutschland ein Endlager gibt.
- Option 3: Der Atom Müll wird in das Zwischenlager in Ahaus gebracht und dort gelagert, bis ein Endlager zur Verfügung steht.

Offiziell werden derzeit noch beide offenen Optionen verfolgt. JEN-Sprecher Kriewel sagt zwar: "Die Optionen haben alle ihr Für und Wider. Ich will nicht sagen,

es gibt nur die eine richtige Option.“ Dennoch räumt er ein, dass die Ahaus-Option „gewisse Vorteile“ habe. So gebe es dort bereits ein bestehendes Lager, das Kapazitäten habe und in dem noch andere Castoren mit kugelförmigen Brennelementen wie denen aus Jülich stünden. „Der zweite Punkt ist natürlich die Verwendung von Steuergeldern.“ Es sei günstiger, die Castoren nach Ahaus zu bringen, als ein komplett neues Zwischenlager zu bauen.

JEN-Geschäftsführerin Beate Kallenbach sagte dem WDR, die Ahaus-Variante werde im Moment „prioritär“ verfolgt - weil sie sie am schnellsten realisierbare Option sei. Für den Fall, dass das nicht klappe, habe man noch die Neubau-Option in Jülich.

Welche Kosten könnten entstehen?

Die JEN sagt, dass der reine Transport von Jülich nach Ahaus etwa 35 Millionen Euro kosten würde. Hinzu kämen 42 Millionen Euro für die Vorbereitung. Pro Jahr entstünden dann eine Million Euro Miete - die jetzt schon in Form einer „Reservierungsgebühr“ gezahlt werde.

Für einen Neubau in Jülich veranschlagt das JEN 80 bis 100 Millionen Euro. Die Kosten seien deshalb so hoch, weil in einem Erdbebengebiet gebaut würde. Hinzu kämen noch die laufenden Kosten, die ein „vielfaches“ höher seien als die Millionen-Miete in Ahaus. Über die Jahre kämen deutliche Mehrkosten zusammen. „Das ist am Ende Steuergeld, das nicht sinnvoll ausgegeben ist“, sagt Kriewel.

Kommt es am Ende zu den Atomtransporten von Jülich nach Ahaus?

Das könnte sein, ist aber noch nicht sicher. Die Jülicher haben beim zuständigen Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) einen Antrag für den Transport dort hin gestellt. Die Genehmigung gibt es aber noch nicht. Das BASE teilte dem WDR mit: „Das Verfahren befindet sich in einem fortgeschrittenen Stadium.“ Es seien aber noch nicht alle Voraussetzungen erfüllt.

Die JEN gibt sich bereits optimistisch. „Bei der Ahaus-Option ist quasi ein Meilenstein in Aussicht gestellt. Und zwar haben wir von der Genehmigungsbehörde Signale bekommen, dass einer Genehmigungserteilung für den Transport der Behälter im Grunde nichts mehr Wesentliche im Wege steht“, sagt der Sprecher. Noch in diesem Jahr werde mit der Genehmigung gerechnet. Anfang 2024 könnte es dann los gehen - wenn nicht gegen die Transportgenehmigung geklagt wird.

Genau das ist bei einer anderen Genehmigung schon

der Fall. Seit 2016 gibt es nämlich schon grünes Licht dafür, dass die Jülicher Castoren in Ahaus gelagert werden dürfen - ebenfalls wichtig, damit alles klappt. Doch die Stadt Ahaus hat 2017 dagegen geklagt. Manuel Benning, Erster Beigeordneter der Stadt, sagte dem WDR, dass man die Genehmigung für rechtswidrig halte. So sei unklar, welchen Inhalt die Behälter genau haben. „Beim Befüllen wurde kein oder nur unzureichend Protokoll geführt.“ Kurzum: Die Stadt will den Atommüll aus Jülich nicht. Sie schätzt ihre Erfolgsaussichten als „gut“ ein.

Sollte aus dem Transport nach Ahaus tatsächlich nichts werden, weil er juristisch verhindert wurde, bliebe nur noch die Option eines Neubaus in Jülich. Die Planungen dafür laufen laut der JEN derzeit parallel. So soll noch in diesem Jahr ein passendes Grundstück gekauft werden.

Was sagt die NRW-Landesregierung?

Dort scheint es wenig Sympathie für Atomtransporte nach Ahaus zu geben. Schon im Koalitionsvertrag haben CDU und Grüne vergangenes Jahr vereinbart: „Wir setzen uns für eine Minimierung von Atomtransporten ein.“ Im Fall Jülich bedeute dies, „dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben“.

Auf WDR-Anfrage teilte das zuständige Wirtschaftsministerium zwar mit, dass das JEN beide Optionen „gleichwertig zu verfolgen“ habe. Doch offenbar will man den Atommüll weiterhin gerne in Jülich lassen. Eine neue Genehmigung für das bestehende Lager sei „mit weniger Unsicherheiten versehen und schneller zu erreichen“, heißt es. Außerdem wird darauf verwiesen, dass selbst das Zwischenlager in Ahaus nur eine Betriebsgenehmigung bis 2036 habe. „Vor diesem Hintergrund könnte eine Konzentration auf die Neubau-Option am Standort Jülich zu bevorzugen sein“, so die klare Präferenz des Grün-geführten Wirtschaftsministeriums.

Damit scheint NRW eine andere Position zu haben als die Bundesregierung. Denn im September 2022 war in einem Bericht von drei Bundesministerien an den Haushaltsausschuss des Bundestages davon die Rede, dass Ahaus „die grundsätzlich vorzugswürdige Option“ sei - unter anderem wegen der niedrigeren Kosten. Auch sei mit einem Neubau in Jülich erst ab 2032 zu rechnen.

Wie würden die Transporte ablaufen?

Einige Details sind bereits bekannt, andere gelten als Verschlussache und sollen geheim bleiben. Das gilt für die konkrete Strecke von Jülich nach Ahaus. Wel-

che Route die Castoren nehmen könnten, ist nicht bekannt. Klar ist nur, dass der Rhein einmal überquert werden müsste und es quer durch NRW geht.

Die JEN hat nach eigenen Angaben beantragt, dass jeder Castor einzeln nach Ahaus gebracht wird. Am Ende würde es also 152 Fahrten geben. "Wir rechnen mit einer Gesamtprojektdauer von rund zwei Jahren. Das hat einfach damit zu tun, dass es bestimmte Situationen gibt, wo man nicht transportieren kann", sagt JEN-Sprecher Kriewel. Wenn im Sommer 2024 die Fußball-EM auch in NRW stattfindet, würden dort viele Polizeikräfte gebraucht. Am Ende werde es wohl Phasen geben, wo vier Fahrten pro Woche möglich seien - und mal gar keine über mehrere Wochen.

Für die Transporte haben die Jülicher spezielle Lkw anfertigen lassen - 30 Meter lang und 130 Tonnen schwer. Ein Castorbehälter kann darauf montiert werden. Insgesamt vier solcher Lkw gibt es. Theoretisch könnte also auch in einer Kolonne gefahren werden. Die JEN weist aber zum Beispiel darauf hin, dass das Be- und Entladen des hochradioaktiven Atommülls aufwendig ist und Zeit braucht. Und einen Lkw mit einem Castorbehälter kann man schließlich nicht einfach so auf der Straße parken.

Wie sicher sind die Transporte?

Die JEN hat keine Sicherheitsbedenken. "In dem Genehmigungsverfahren wird sichergestellt, dass das Maximum an Sicherheit berücksichtigt wird", sagt der Sprecher. Jede Situation werde im Vorfeld durchdacht. "Erfahrungsgemäß hat es in Deutschland noch nie ein Problem während eines Transports gegeben." Am Ende des Tages gelte das Ziel: "Es darf keine Radioaktivität in die Umwelt gelangen."

Auch das für die Transportgenehmigung zuständige Bundesamt versucht, Bedenken auszuräumen. So wird auf "strenge Regeln" bei der Sicherheit verwiesen. Nur wenn alle Anforderungen erfüllt seien, gebe es eine Genehmigung.

Damit nichts schief läuft, werden die Fahrten geprobt. Eine erste Leerfahrt fand im Juni statt. Da fuhr ein leerer Lkw von Jülich nach Ahaus. Damit wurde getestet, ob das lange Gefährt überhaupt überall durch-

kommt und nicht vielleicht in einem Kreisverkehr stecken bleibt. Ende des Jahres soll es eine "Generalprobe" geben. Dafür werden dann auch leere Castorbehälter transportiert.

Wird es Proteste geben?

Damit sollte gerechnet werden. Die Frage ist nur, wie groß sie ausfallen. Bei der Leerfahrt versammelten sich in Ahaus ein paar Dutzend Anhänger der Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus" und blockierten einen Kreisverkehr. Sie sind gegen die Transporte und fordern eine weitere Lagerung in Jülich. Diese Option werde aber "seit mehr als zehn Jahren immer wieder verzögert und hinausgeschoben, man könnte auch sagen sabotiert", heißt es.

Die Bürgerinitiative begründet ihre Ablehnung so: "Atommüll-Transporte sind niemals ohne Risiko und sollten wenn möglich vermieden werden. Der Atommüll sollte daher grundsätzlich an den Orten verbleiben, an denen er entstanden ist - solange es kein genehmigtes Endlager gibt." Zudem seien die Atomkugeln in der jetzigen Form nicht "endlagerfähig" und müssten irgendwann nochmal woanders bearbeitet werden, bevor es in ferner Zukunft in ein noch zu bauendes Endlager geht. Die JEN widerspricht dem auf Anfrage.

Entscheidend wird am Ende sein, wie sehr die Anti-Atom-Bewegung nach dem offiziellen Aus der Atomkraft überhaupt noch Massen mobilisieren kann. In den 1990ern herrschte noch Ausnahmezustand rund um Ahaus, als Castoren mit Brennelementen dort hingbracht wurden. Ob die Demonstrationen Jahrzehnte später erneut so viele Menschen anlocken, ist unsicher.

Einen ersten Testlauf hat es am Sonntag in Ahaus gegeben. Mehrere Anti-Atomkraft-Initiativen hatten unter dem Motto "Keine Castor-Transporte durch NRW!" zu Protesten aufgerufen - rund 200 Menschen folgten dieser Aufforderung. Parallel hingen Protestbanner an Autobahnen in Düsseldorf, Duisburg und Lingen, sowie vor dem Atom-Forschungszentrum in Jülich, von wo aus mehr als 150 Castoren per Lkw nach Ahaus zum dortigen Zwischenlager rollen könnten.

Standorte der Zwischenlager Jülich und Ahaus

